



Im Gegensatz zu 2009 können streikende Erzieherinnen diesmal mit der Unterstützung der Eltern rechnen. Foto: Uwe Caspar

Erhalten Eltern Beiträge zurück?

Teil der im Streik gesparten Gehälter soll eventuell auch in Spielgeräte investiert werden

Gütersloh(rec). Eltern von Kindergarten-Kindern können mit der Erstattung ihrer Beiträge aus der Zeit des Erzieherinnen-Streiks rechnen. CDU, SPD und Grüne möchten nicht, dass die eingesparten Gehälter im städtischen Haushalt »untergehen«.

In einer gemeinsamen Mitteilung kündigen Gitte Trostmann (Grüne), Nils Wittenbrink (CDU) und Volker Richter (SPD) an, gemeinsam mit Eltern und Verwaltung einen Weg zu suchen, wie mit diesen Beiträgen umgegangen werden soll. Dabei werde geprüft, ob es zu einer Beitragserstattung kommen soll, ob das Geld für Investitionen in Spielgeräte verwendet wird oder ob es zu einer Kombination aus beiden Möglichkeiten kommt. Die Entscheidung darüber treffen Jugendhilfeausschuss und Rat.

Die Mittagsverpflegung der Kinder rechne die Verwaltung taggenau ab. Zu viel erhobene Kosten für Mittagsverpflegung würden unaufgefordert erstattet. Das habe die Stadt bereits zugesagt.

Auf die Erstattung ihrer Kindergartenbeiträge hätten die Eltern demgegenüber keinen Rechtsanspruch. Gleichwohl stimmten die Ratsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU und SPD darin überein, dass Zahlungen der Eltern für die Dauer der Streiktage den Eltern auf freiwilliger Basis zu erstatten sind oder den Kindern in den Tageseinrichtungen zugutekommen müssen. »Eine Vereinnahmung von Beiträgen ohne Gegenleistung halten wir für falsch«, stellen die drei Abgeordneten fest. Dieses gelte für die Eltern aller Kinder, die sich eigenständig um Alternativen gekümmert hätten. Demgegenüber sei die Erhebung von Beiträgen für Kinder, die in der Notfallbetreuung betreut werden, gerechtfertigt.

Es besteht nach Ansicht der drei Ratsfraktionen keine Notwendigkeit zu Schnellschüssen, sondern es bedürfe einer sachlichen Diskussion aller Beteiligten, um eine möglichst gerechte, aber auch pragmatische Lösung auf breiter Basis zu ermöglichen. Den Ratsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU und SPD sei es wichtig, den Eltern frühzeitig das Signal zu geben, gemeinsam eine Regelung für die Elternbeiträge während der Streiktage zu finden. »Wir sind zuversichtlich, eine dafür erforderliche politische Mehrheit sowohl im Jugendhilfeausschuss als auch anschließend im Rat bilden zu können«, sagen die drei jugendpolitischen Sprecher der Fraktionen.

Der Streik der Erzieherinnen sei ein legitimes Mittel, in Tarifverhandlungen eigenen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Insofern treffe die Erzieherinnen in den städtischen Einrichtungen keine Schuld daran, dass Eltern nach alternativen Betreuungsmöglichkeiten suchen müssten. Der Verwaltung werde für die kurzfristige Organisation einer Notfallbetreuung gedankt. Dabei sei es klar, dass eine Notfallbetreuung immer nur ein Provisorium sei und nicht den Standard des Normalbetriebs in einer Kita erreichen könne.

Die im Erzieherinnen-Streik von 2009 durchgesetzte Tarifierhöhung kostete die Stadt 360 000 Euro mehr pro Jahr. Das Geld konnte nur in geringem Ausmaß mit den im Streik gesparten Gehaltszahlungen kompensiert werden.